

Appell

Schutz und Asyl für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus den am Krieg in der Ukraine beteiligten Staaten

Das Europäische Parlament/die Parlamentarische Versammlung des Europarates möge beschließen:

Angesichts des Krieges stellt das Europäische Parlament/die Parlamentarische Versammlung des Europarates fest:

- die fundamentale Bedeutung der Artikel 1 und 2 der Charta der Vereinten Nationen, mit denen ein Angriffskrieg und völkerrechtswidrige Handlungen im Krieg untersagt sind;
- die Gültigkeit des Römischen Statutes, das im Artikel 25 die individuelle strafrechtliche Verantwortlichkeit bei Vergehen gegen Artikel 1 und 2 der Charta der Vereinten Nationen sieht;
- die Anerkennung des 1994 von der OSZE beschlossenen "Verhaltenskodexes zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit", in dem alle Angehörigen der Streitkräfte persönlich für die Einhaltung des humanitären Völkerrechts verantwortlich sind und mit Befehlsgewalt ausgestattete Angehörige der Streitkräfte keine völkerrechtswidrigen Befehle erlassen dürfen;
- dass "das Recht auf Kriegsdienstverweigerung dem Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit innewohnt. Es gibt Individuen das Recht, von der Wehrpflicht befreit zu werden, wenn diese nicht mit der Religion oder den Überzeugungen des Individuums zu vereinbaren sind. Das Recht darf nicht durch Zwang beschränkt werden", wie es das UN-Menschenrechtskomitee anerkannt hat;¹
- dass die Verweigerung des Militärdienstes auch unter die Garantien von Artikel 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention zur Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit fällt, wie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in seinem Urteil vom 7. Juli 2011 im Fall Bayatyan gegen Armenien festgestellt hat;
- die Bedeutung und Gültigkeit früherer Entschlüsse des Europäischen Parlaments zur Kriegsdienstverweigerung, insbesondere der Entschlüsse zur Kriegsdienstverweigerung vom 7. Februar 1983², der Entschlüsse zur Kriegsdienstverweigerung und zum Ersatzdienst vom 13. Oktober 1989³, der Entschlüsse zur Achtung der Menschenrechte in der Europäischen Gemeinschaft (Jahresbericht des Europäischen Parlaments) vom 11. März 1993⁴ und der Entschlüsse zur Kriegsdienstverweigerung in den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft vom 19. Januar 1994⁵. Und erinnert an die am 28. Oktober 1993 angenommene Entschlüsse zu den Deserteuren aus den Streitkräften der Staaten des ehemaligen Jugoslawien;⁶
- die Bedeutung und Gültigkeit früherer Entschlüsse und Empfehlungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates über das Recht auf Kriegsdienstverweigerung,

¹ UN Human Rights Committee, Communication No. 1642-1741/2007, Jeong et al. v. Republic of Korea (CCPR/C/101/D/1642-1741/2007), 27. April 2011, Abs. 7.3. <http://undocs.org/CCPR/C/101/D/1642-1741/2007>. Siehe auch die nachfolgende Rechtsprechung zur Kriegsdienstverweigerung.

² [OJ C 68](#), 14.3.1983, S. 14.

³ [OJ C 291](#), 20.11.1989, S. 122.

⁴ [OJ C 115](#), 26.4.1993, S. 178, insbesondere Abs. 46-53 (S. 183).

⁵ [OJ C 44](#), 14.2.1994, S. 103.

⁶ Official Journal of the European Communities, C 315, 22. November 1993 (OJ C, C/315, 22.11.1993, S. 234), <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/eb79ca48-d818-40ff-bfbb-e2dc5ede424d/language-en>

- darunter die Entschließung 337 (1967), die Empfehlung 816 (1977), die Empfehlung 1518 (2001) und die Empfehlung 1742 (2006). Und erinnert an die Resolution 1042 (1994) zu Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern aus den Republiken des ehemaligen Jugoslawien;⁷
- dass nach den internationalen Menschenrechtsgesetzen und -standards das Recht auf Kriegsdienstverweigerung sowohl in Kriegs- als auch in Friedenszeiten gilt, wie es vom UN-Menschenrechtskomitee anerkannt wurde.⁸ Und dass Artikel 4, Absatz 2 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte keine Abweichung von den Verpflichtungen eines Vertragsstaates in Bezug auf Artikel 18 über Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit erlaubt, auch nicht in Zeiten des öffentlichen Notstands, der das Leben einer Nation bedroht;
 - dass es nach internationalen Menschenrechtsstandards keine Diskriminierung hinsichtlich der Art der religiösen oder nicht-religiösen Überzeugungen von Kriegsdienstverweigerern geben darf; es darf keine Diskriminierung zwischen Gruppen von Kriegsdienstverweigerern geben; und das Recht zur Verweigerung gilt, wie es unter anderem vom OHCHR⁹ und dem UNHCR¹⁰ anerkannt wurde, auch für selektive Verweigerer, die glauben, dass die Anwendung von Gewalt unter bestimmten Umständen gerechtfertigt ist, aber nicht unter allen Umständen;
 - dass nach internationalen und regionalen Menschenrechtsstandards das Recht auf Kriegsdienstverweigerung für Wehrpflichtige, Berufsmilitärs und Reservisten anerkannt werden sollte, anerkannt unter anderem vom OHCHR¹¹, der Parlamentarischen Versammlung¹², dem Ministerkomitee des Europarats¹³ und dem BDIMR der OSZE;¹⁴
 - dass der rechtliche Rahmen für die Kriegsdienstverweigerung sowohl in Russland und Belarus als auch in der Ukraine nicht den internationalen und regionalen Menschenrechtsstandards entspricht, wie sie unter anderem vom OHCHR, dem UN-Menschenrechtskomitee, dem UN-Sonderberichterstatter für Religions- und Glaubensfreiheit, dem BDIMR der OSZE, dem Europäischen Parlament, der Parlamentarischen Versammlung und dem Ministerkomitee des Europarats festgelegt wurden.
 - dass der Menschenrechtsrat die Staaten ermutigt hat, "in Erwägung zu ziehen, Kriegsdienstverweigerern Asyl zu gewähren, die in ihrem Herkunftsland eine begründete Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Verweigerung des Militärdienstes haben, wenn es keine oder keine angemessene Regelung für die Kriegsdienstverweigerung gibt";¹⁵

⁷ PACE, Resolution 1042 (1994) on Deserters and draft resisters from the republics of the former Yugoslavia, beschlossen am 1. Juli 1994. <https://assembly.coe.int/nw/xml/XRef/Xref-XML2HTML-EN.asp?fileid=16453&lang=en>

⁸ z.B. CCPR/CO/82/FIN, 2. Dezember 2004, Abs. 14. <http://undocs.org/CCPR/CO/82/FIN>

⁹ OHCHR, Approaches and challenges with regard to application procedures for obtaining the status of conscientious objector to military service in accordance with human rights standards, (A/HRC/41/23), 24. Mai 2019, Abs. 60 (d),(e). <https://undocs.org/A/HRC/41/23>

¹⁰ UNHCR: Guidelines on International Protection No. 10.

¹¹ OHCHR, Approaches and challenges with regard to application procedures for obtaining the status of conscientious objector to military service in accordance with human rights standards, (A/HRC/41/23), 24. Mai 2019, Abs. 60 (c). <https://undocs.org/A/HRC/41/23>

¹² Council of Europe, Parliamentary Assembly, [Recommendation 1518 \(2001\)](#), Abs. 5.2.

¹³ Council of Europe, Committee of Ministers, [Recommendation CM/Rec \(2010\) 4](#) "Human Rights of members of the armed forces", Abs. 42 - 46.

¹⁴ OSCE, ODIHR, *Handbook on Human Rights and Fundamental Freedoms of Armed Forces Personnel*, 2008, Chapter 10 Conscientious Objection to Military Conscription and Service, 4. Best Practices and Recommendations, S. 85 [second point]. <https://www.osce.org/odihr/31393?download=true>

¹⁵ UN Human Rights Council, Resolution 24/17 (A/HRC/RES/24/17), 8. Oktober 2013, Abs. 13. <http://undocs.org/A/HRC/RES/24/17>

- dass russische und möglicherweise auch belarussische Soldatinnen und Soldaten den Dienst in einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg verweigern;
- die Gültigkeit der Qualifikationsrichtlinie der Europäischen Union, deren Artikel 9 denjenigen Schutz nach dem Flüchtlingsrecht gewährt, denen eine Verfolgung oder Bestrafung droht, weil sie den Militärdienst in einem Konflikt verweigern, der den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen, wie sie in der Präambel und den Artikeln 1 und 2 der Charta der Vereinten Nationen festgelegt sind, widerspricht;
- die Erklärung des UNHCR, dass "in Fällen, in denen ein bewaffneter Konflikt als völkerrechtswidrig angesehen wird, es nicht notwendig ist, dass der Antragsteller" auf internationalen Schutz" der Gefahr unterliegt, individuell strafrechtlich zur Verantwortung gezogen zu werden;¹⁶

Das Europäische Parlament/Die Parlamentarische Versammlung des Europarates fordert daher die Europäische Kommission und den Europäischen Rat/Europarat auf:

- sicherzustellen, dass russische und belarussische Soldaten und Soldatinnen, die sich dem Einsatz im Militär und somit dem möglichen Kriegseinsatz in der Ukraine entzogen haben oder desertiert sind, in den Mitgliedsstaaten entsprechend der Qualifikationsrichtlinie Asyl gewährt wird;
- sicherzustellen, dass auch ukrainischen Kriegsdienstverweiger*innen, denen die Anerkennung in der Ukraine versagt wurde, wie auch Soldaten und Soldatinnen, die sich auf Seiten der Ukraine etwaigen völkerrechtswidrigen Handlungen entziehen, Schutz gewährt wird;
- die Mitgliedsstaaten aufzurufen, Programme und Projekte zu entwickeln, die Deserteur*innen und Militärdienstentzieher*innen Möglichkeiten zur Aus- und Weiterbildung bieten.

Der Appell wurde initiiert von

International Fellowship of Reconciliation (IFOR), War Resisters' International (WRI), European Bureau for Conscientious Objection (EBCO) and Connection e.V.

Und wird unterstützt durch

Agir pour la Paix, Belgien; Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF), Deutschland; Aktive Arbeitslose Österreich, Österreich; Aseistakieltäytyjäliitto ry, Finnland; Association of Conscientious Objectors, Athens, Griechenland; Association of Women's Rights "To Mov", Athens, Griechenland; #aufstehn, Österreich; Begegnungszentrum für aktive Gewaltlosigkeit, Österreich; BOCS Civilization Planning Foundation, Hungary; Bund für Soziale Verteidigung, Deutschland; Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V., Deutschland; Center for Global Nonkilling; Centre pour l'Action Non-Violente (CENAC), Schweiz; Church and Peace; Comité National d'Action pour la Paix et la Démocratie (CNAAPD), Belgien; Conscience and Peace Tax International; Coordinadora 12-D "En Pie de Paz", Spanien; Coordinamento Nazionale Comunità Accoglienti (CNCA), Italien; Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Deutschland; Europäisches Bürger_innenforum/Le Forum Civique Européen (EBF/FCE); Europäische Kooperative Longo mai; Ev. Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK), Deutschland; Fellowship of Reconciliation England and Scotland; FemArtAct, Athens, Griechenland; Forum Nord Sud, Belgien; Friedensbüro Salzburg, Österreich; Giuristi Democratici, Italien; Heavenly Culture, World Peace, Restoration of Light, Österreich; International Center for Civil Initiatives "Our House", Belarus; Internationale Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges – Ärzt*innen in sozialer Verantwortung e.V. (IPPNW), Deutschland;

¹⁶ UNHCR: Guidelines on International Protection No. 10

Internationale der Kriegsdienstgegner*innen e.V. (IDK), Deutschland; Internationaler Versöhnungsbund Österreich; Kerk en Vrede, Niederlande; Kinisi Ethelonton Service Civil International Ellas (SCI-Hellas), Griechenland; Lebenshaus Schwäbische Alb, Deutschland; Mambrú, Spanien; Mouvement Chrétien pour la Paix, Belgien; Mouvement International de la Réconciliation - MIR France; Movement for Conscientious Objection, Russland; Moviment d'Objecció de Consciència (MOC València), Spanien; Movimento Internazionale della Riconciliazione – MIR, Italien; Movimento Nonviolento, Italien; Network of Women in Black in Serbia; Netzwerk Friedenssteuer e.V.; Pacifistas Ciudad Real, Spanien; Pax Christi Österreich; Pax Christi Deutschland; Pax Christi International; Pax Christi Vlaanderen, Belgien; Payday men's network (UK-US); Proterra Project Cooperation e.V., Deutschland; Republikanischer Anwältinnen - und Anwälteverein e.V. (RAV), Deutschland; Sadankomitea (Committee 100 Finland); Service Civil International Österreich; Ukrainian Pacifist Movement; Un ponte per, Italien; Union Pacifiste, Frankreich; Vita Activa - Akademie für angewandte Arbeitslosigkeit, Österreich; Vrede, Belgien; Vredesbeweging Pais, Niederlande; Weg des Friedens, Österreich; Women in Black, Belgrade, Serbien; Youth Democratic Movement Vesna, Russland;

Quellen

Charta der Vereinten Nationen: <https://unric.org/de/charta/>

Römisches Statut:

<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20002156>

OSZE-Verhaltenskodex: <https://www.osce.org/files/f/documents/8/4/41357.pdf>

EU-Qualifizierungsrichtlinie: <https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:337:0009:0026:de:PDF>

UNHCR: Guidelines on International Protection No. 10,

<https://www.refworld.org/publisher,UNHCR,THEMGUIDE,,529ee33b4,0.html>

EGMR, Bayatyan gegen Armenien, Urteil vom 7. Juli 2011:

<https://hudoc.echr.coe.int/eng#%7B%22dmdocnumber%22:%5B%22887947%22%2C%22itemid%22:%5B%22001-105611%22%5D%7D>

Zum Recht auf Kriegsdienstverweigerung in Russland, Belarus und Ukraine: https://ebco-beoc.org/sites/ebco-beoc.org/files/attachments/2021-02-15-EBCO_Annual_Report_2020.pdf

Connection e.V.: Kriegsdienstverweigerung und Desertion in Belarus, Russische Föderation und Ukraine. 24. März 2022. <https://de.Connection-eV.org/article-3516>

Connection e.V.: Schutz und Asyl bei Kriegsdienstverweigerung und Desertion in Zeiten des Ukraine-Krieges. 24. März 2022. <https://de.Connection-eV.org/article-3517>